

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 68 846 pppn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB zum
Erfordernis bildungspolitischer
Innovation: Hochschulpolitik
mit Zukunft. (Teil I)

Seite 1

Dokumentation

Frank Boglsch, Mitglied der
SPD-Fraktion in der DDR-
Volkskammer, sprach auf dem
Seminar der Friedrich-Ebert-
Stiftung über „das Zusammen-
wachsen Deutschlands und Eu-
ropas - die gemeinsame euro-
päische Zukunft“. Wortlaut

Seite 5

45. Jahrgang / 65

3. April 1990

Hochschulpolitik mit Zukunft (Teil I)

Zum Erfordernis bildungspolitischer Innovation

Von Eckart Kuhlwein MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission Zukünftige Bildungs-
politik - Bildung 2000 des Deutschen Bundestages

I.

Die Hochschulen haben in Forschung und Lehre für die kulturelle, soziale, ökologische und technisch-wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft eine Schlüsselrolle. Sie müssen aus- und umgebaut werden, wenn sie den veränderten Anforderungen bis zum Beginn des nächsten Jahrhunderts genügen sollen. Zu diesen Anforderungen gehören - neben der derzeit und auf absehbare Zeit alles andere überschattenden Einbeziehung der Hochschulen der DDR und der Bundesrepublik in den Prozeß der deutschen Einheit - demographische Veränderungen, die Technisierung weiterer Lebensbereiche, die Entwicklung des gemeinsamen Marktes, die Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Verständigung, die rasche Erarbeitung von Lösungen zur Bewältigung der ökologischen Krise und schließlich - nicht zuletzt - die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern in Ausbildung und Beruf.

Dabei hat sich das, was wir unter dem Stichwort demographische Veränderungen erwarten in den letzten beiden Jahren merklich verändert: Neben das erhebliche Wachstum des Anteils der über 60jährigen tritt eine kaum erwartete Zuwanderung von Menschen, die zwar ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben, aber zu einem großen Teil erhebliche kulturelle und soziokulturelle Unterschiede zur „Stammbevölkerung“ aufweisen. Unmittelbar stehen wir vor den Problemen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die sowohl qualitativ als auch quantitativ noch nicht überschaubare Lösungen erfordern.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleiher Umgang
mit wertvollen Dokumenten
Recycling-Papier



II.

Zum Erneuerungsbedarf der Hochschulen in der DDR ist festzustellen: Die deutschen Hochschulen im Westen sind auf diese neuen Anforderungen bisher nur unzureichend vorbereitet, die Umbauprozesse kommen nur schleppend in Gang. Schuld daran ist einerseits die seit zehn Jahren andauernde Verschlechterung der materiellen Bedingungen für Studium, Forschung und Lehre, andererseits die mangelnde Fähigkeit und/oder Bereitschaft innerhalb der Hochschulen, sich zu reformieren. Beispielhaft dafür sind die anhaltend erfolglosen Bemühungen um eine grundlegende Reform der Studieninhalte und im Kontext dazu die immer längeren Studiendauern. Beispielhaft auch die zögerliche Aufnahme von ökologischen und sozialen Problemen der Gegenwart und der Zukunft in Lehre und Forschung. Allerdings hat auch die starke Verrechtlichung des Hochschulbereichs und die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in die Ministerien innovatorische Ansätze in vielen Hochschulen nicht zur Entfaltung kommen lassen. Generell sollten daher Entscheidungen stärker vor Ort gefällt werden und der Staat sich wieder stärker auf Rahmensetzung und die Schaffung von Anreizen und Ermutigung für neue Lösungen beschränken. Wir sollten einmal probieren, ob dieser Weg tragfähiger ist als der von HochschullehrerInnen beklagte Weg der „bürokratischen Gängelung“.

Dazu bin ich aber nur bereit, wenn auch in den Hochschulen die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Nicht-Professoren verbessert werden. Das Hochschulrahmengesetz (HRG) und die Landesgesetze schöpfen den Spielraum den das Bundesverfassungsgericht für die Teilhabemöglichkeiten aller Hochschulmitglieder an der Selbstverwaltung abgesteckt hat, bei weitem nicht aus. Auf dieser Grundlage haben die meisten Landesgesetze das Übergewicht der Professoren in einem Ausmaß betont, das die Motivation der anderen Statusgruppen zur Mitwirkung in der Selbstverwaltung stark beeinträchtigt. Dadurch ist die Fähigkeit der kollegialen Selbstverwaltung zur korporativen Kooperations- und Konfliktregelung geschwächt worden.

Vor allem die Lehrfunktion der Hochschulen und die Optimierung ihrer Dienstleistungsfunktionen kommen dabei zu kurz. In ihrer gegenwärtigen Mitbestimmungsverfassung ordnen die Hochschulen alle anderen Aufgaben der Forschung unter.

Es sollte in Zukunft von der Möglichkeit der funktional abgestuften Mitbestimmung Gebrauch gemacht werden.

III.

Sollen die Hochschulen ihre Bedeutung in und für die Gesellschaft behalten, müssen sie Inhalte und Organisation von Forschung und Lehre verändern. Die Struktur der Disziplinen kann nicht mehr alleiniger Maßstab für Auswahl und Aufbau der Studieninhalte sein. Die sich verstärkenden globalen Interdependenzen, die wachsende Bedeutung von Querschnittstechnologien sowie die Gefahrenpotentiale moderner Techniken erfordern die Entwicklung eines vernetzten Denkens. Zu dessen Herausbildung müssen auch die Hochschulen einen entscheidenden Beitrag leisten.

Die in der Neuzeit errungene Emanzipation der Wissenschaften von der Philosophie hat dazu geführt, daß alle Zusammenhangsfragen nicht mehr wissenschaftlich thematisiert werden. Die Entstehung holistischer Konzepte in vielen Einzelwissenschaften zeigt jedoch an, daß das Ungenügen der parzellierten Weltansicht und Weltdeutung samt der darauf gegründeten Techniken der Weltbeherrschung auch in der scientific community wahrgenommen und reflektiert wird. Diese Anzeichen müssen wissenschaftspolitisch und mit den Mitteln der Forschungsförderung unterstützt werden.

IV.

Zur Einlösung der Verantwortung der Wissenschaften ist es notwendig, die disziplinäre Arbeitsteilung zu überwinden. Innerwissenschaftlich müssen dazu Diskursgemeinschaften über die Grenzen

der Fachkulturen hinweg entwickelt werden. Dies sollte durch die gezielte Förderung geeigneter organisatorischer Kristallisationskerne, die insbesondere auch der Nachwuchsförderung dienen, unterstützt werden. Im Bezug zur Außenwelt bedeutet dies, daß die Wissenschaft die Selbstdefinition ihrer Forschungsfragen unter einen ethischen Vorbehalt stellen müßte, über den innerhalb der gesamten Gesellschaft Einvernehmen hergestellt werden muß. Dies halte ich für so bedeutsam, daß ich eine (rahmen-)gesetzliche Regelung in einem Forschungsförderungsgesetz vorschlage, das die konkurrierende Bundeskompetenz des Artikel 74 Nr. 13 endlich wahrnimmt. Auch die Definition staatlicher Forschungsprogramme muß die Ergebnisse künftiger forschungspolitischer Bürger-Dialoge und parlamentarischer Beratungen aufnehmen und darf nicht das Ergebnis bürokratischer Abstimmungen allein bleiben.

Die Herausbildung von Interdisziplinarität ist in der Forschung weiter vorangeschritten als in der Lehre, auch weil sich in den vergangenen Jahren zunehmend der Typ der anwendungsorientierten Grundlagenforschung herausgebildet hat. Mögliche Anwendungen aber orientieren sich nicht an den Disziplinengrenzen. Die fächerübergreifende Zusammenarbeit umfaßt allerdings bislang vor allem fachlich benachbarte Disziplinen. Um die Gestaltungsdimension der wissenschaftlich-technischen Entwicklung wiederzugewinnen, ist jedoch die Zusammenarbeit von Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlern mit Natur- und Ingenieurwissenschaftlern notwendig. Interdisziplinäres Arbeiten dieser Art ist gezielt zu fördern, da bislang die Pioniere eines solchen Forschungsstils, die in der Regel dem wissenschaftlichen Nachwuchs zuzurechnen waren, infolge der fachbezogenen Reputationsmechanismen häufig aus dem Wissenschaftsbereich wieder ausgeschieden worden sind.

Veränderte Berufungskriterien, die neben der spezialisierten Forschungsleistung auch das Engagement für die Vermittlung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft berücksichtigen, könnten dazu beitragen, die jetzt noch vorherrschende Engführung der Universitätswissenschaft aufzubrechen. Außeruniversitäre Einrichtungen sind hier zum Teil weiter. Dem Einbau interdisziplinärer Kooperationsmechanismen in die Hochschulstruktur stehen allerdings an neuen Hochschulen und vielen Fachhochschulen wegen ihres engen Fächerspektrums erhebliche Probleme entgegen.

V.

Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sind neben der Literatur die wichtigsten Medien der Selbstreflexion der Gesellschaft. Ihre Bedeutung steht daher über jeglichen Nützlichkeitsabwägungen. Die heutigen Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sind jedoch selbst auch Produkt der Spezialisierung der Wissenschaftsdisziplinen. Sie können daher nicht mehr die allgemeine Grundlage der Hochschulbildung darstellen (wie in den mittelalterlichen Universitäten). Mittelstraß konstatiert sogar einen Zerfall der Disziplinarität vor allem in den Geisteswissenschaften und mahnt deren Wiederherstellung als Voraussetzung für Transdisziplinarität an, die er als Wiederherstellung der Einheit der wissenschaftlichen Rationalität begriff. Dies bedeutet, daß ein zukünftiges Studium universale zwar für alle Fachrichtungen zu schaffen ist, daß es aber für jede verschieden ist (zumindest für jede Fachkultur) und sich auch auf eine Neubesinnung der Einzeldisziplinen stützen muß. So gilt es etwa für den Naturwissenschaftler, den gesellschaftlichen Charakter von Naturvorstellungen zu verstehen, für den Ingenieur, die „sozialen Schnittstellen“ technischer Systeme zu untersuchen, und für Geistes- und Gesellschaftswissenschaftler, die veränderten Grundlagen geistigen Arbeitens infolge der Verfügbarkeit von Datenbanksystemen und weltweiter Kommunikationsnetze zu beachten.

VI.

Angesichts der für alle Hochschularten gemeinsamen Fragestellungen muß auch das jeweils besondere Profil etwa von Universitäten auf der einen und Fachhochschulen auf der anderen Seite neu diskutiert werden. Die bestehenden Gesamthochschulen haben sich in den letzten Jahren stark den Universitäten angeglichen. Nachdem die Integration in Gesamthochschulen politisch

kaum noch eine Chance hat, werden Universitäten und Fachhochschulen in gegenseitiger Anerkennung ihres jeweiligen Profils als gesonderte Institutionen nebeneinander weiterexistieren. Eine Weiterentwicklung großer Fachhochschulen zu Gesamthochschulen halte ich für wahrscheinlicher als einen entsprechenden Wandel einer Universität.

Interessant bleibt wohl für unterschiedlich interessierte Studenten vor allem die unterschiedliche Angebotsweise der Studiengänge: Relative Offenheit hinsichtlich der Studienanforderungen und der zeitlichen Nachfrage an der Universität, Verbindlichkeit des Kanons in straffer zeitlicher Strukturierung und Studium sozusagen im „Klassenverband“ an der Fachhochschule. Unter der Voraussetzung, daß man den Hochschulen weitgehende selbständige Gestaltungsmöglichkeiten bei Studiengangprofilierung und Stellenverwendung einräumt, erwarte ich eine breite Auffächerung des jetzt noch dichotomen Angebots. Bei der Weiterentwicklung eines differenzierten Hochschulsystems im europäischen Rahmen sollte auch die teilweise zufällige Zuordnung von Studiengängen (zum Beispiel Dolmetscher und Übersetzer, Krankenpflegeberufe) zu den Teilsystemen im tertiären wie im (post-)sekundären Bereich überprüft und gegebenenfalls geändert werden.

Der Praxisbezug des Studiums wird künftig seine abgrenzende Wirkung verlieren, wenn auch die Universitäten sich in der Lehre stärker an gesellschaftlichen Problemlagen orientieren. Praxisbezug gewinnt generell an Bedeutung, da durch ihn der Vernetzungscharakter von gesellschaftlichem Handeln erfahren werden kann. Möglichkeiten zu seiner Realisierung stellen betreute Praxisphasen oder das Studium anhand von Projekten dar. Die Verknüpfung der Erstausbildung mit der Weiterbildung Berufstätiger kann ebenfalls den Praxisbezug verstärken.

Zur Verbesserung eines sinnvollen Praxisbezugs könnte eine neuartige Förderung von Transferprojekten beitragen: Unter dem Dach der BJK wird ein Fonds eingerichtet, bei dem Non-Profit-Organisationen die Finanzierung von Kooperationsprojekten mit Hochschulen beantragen können.

Entscheidend für die Weiterentwicklung der Fachhochschulen ist die Frage der Durchlässigkeit gegenüber der Universität bei der Weiterqualifikation, auch wenn dies nur eine zahlenmäßig kleine Gruppe unmittelbar betrifft. Insbesondere ist die Möglichkeit zur unmittelbaren Promotion für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventen ohne Erwerb eines Universitätsdiploms zu schaffen. Die Voraussetzungen hierfür können auch durch Forschungsk Kooperation von Einrichtungen beider Art verbessert werden. Die Diskriminierung bei der Einstellung im öffentlichen Dienst muß beseitigt werden: Denkbar ist die Angleichung der Eingangssämter für Universitäts- und Fachhochschulabsolventen und die Einführung von funktions- und leistungsbezogenen einheitlichen Laufbahnen.

(-/3.4.1990/rs/ks)

* * *

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

DOKUMENTATION**Deutsch-deutsche Integration als Katalysator der gesamteuropäischen Einigung**

Frank Bogisch, Mitglied der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR, machte auf dem internationalen Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung „Das Zusammenwachsen Deutschlands und Europas - die gemeinsame europäische Zukunft“ Ende März Ausführungen aus ostdeutscher Sicht zum gesamteuropäischen Einigungsprozeß. Wir dokumentieren sie im Wortlaut.

1. Noch vor wenigen Monaten war die Debatte um die wirtschaftliche Zukunft Europas durch die Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt, die Ausrichtung kleiner und mittlerer Unternehmen auf die EG-Konkurrenzsituation und die Schritte zur Durchsetzung einer europäischen Währungsunion mit einheitlicher EG-Währung geprägt. Wirtschaftliche Zukunft Europas bezog sich auf die Zukunft der EG. Die Beziehungen zwischen den Volkswirtschaften West- und Osteuropas waren durch Außenhandelsmonopole, staatlich und damit politisch abgesicherte Kredite, durch COCOM-Listen u.v.a.m. eingeschnürt. Wirtschaftliche Kooperation mußte sich auf die Temperaturen im politischen Ost-West-Geschäft beziehen.
2. Heute jedoch dominiert die deutsche Währungsunion auf DM-Basis die Debatten. Wirtschaftliche Leitdaten wie Zinsen und Aktienkurse reagieren sensibel auf jede Ankündigung im deutsch-deutschen Einigungsprozeß. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West werden im „technischen Sinne“ einfacher werden; die Verantwortlichkeit der „West-“ für die „Ost-Ökonomien“ steigt jedoch gewaltig an. Die ökonomische Integration von BRD und DDR wird die Kräfteverhältnisse in Europa, aber auch der EG verschieben. Entwickelte sich der EG-Raum bisher in der ökonomischen Balance von BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien, so wird die deutsche Volkswirtschaft künftig hinsichtlich Bruttosozialprodukt (BSP), Einwohnerzahl und so weiter zur führenden Wirtschaftsmacht werden.

Der Abstand zwischen „groß“ und „klein“ in Europa wird größer; die Wohlstandsschere weitet sich aus. Eine europäische Regionalpolitik hat diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Im übrigen: eine europäische Regionalpolitik würde die Solidarität aller ökonomisch potenteren Partner mit den schwächeren bedeuten und könnte aufkommendem Nationalismus die Grundlage entziehen.

3. Spätestens seit Beginn dieses Jahres kann der ökonomische und politische Integrationsprozeß in Europa nicht mehr auf die Staaten der EG begrenzt werden. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei werden dazu kommen; die heutige DDR wird durch die Währungsunion mit der BRD schon Mitte dieses Jahres in den EG-Wirtschaftseustausch integriert sein. Deshalb muß der Integrationsprozeß künftig auf Gesamteuropa ausgerichtet sein. Der ökonomischen Ungleichgewichtigkeit in Europa darf nach der Öffnung der Beziehungen jedoch nicht die politische Abhängigkeit folgen.

Für gleichberechtigte politische Zusammenarbeit in Europa ist die Gleichberechtigung von BRD und DDR im deutschen Einigungsprozeß ein Prüfstein. Die Bedingungen der deutschen Währungsunion hat dieser politischen Prämisse zu folgen. Da eine Währungsunion die reale Aufgabe eigenständiger Geld- und Wirtschaftspolitik für die noch existente DDR einschließt, bedarf es der gleichberechtigten Teilnahme der DDR-Seite an den EG-Strukturen im Rahmen der BRD-Delegationen.

4. So dringlich Marktbeziehungen als Grundlage ökonomischer Entwicklungen in den ehemaligen zentralistischen Kommandowirtschaften sind, so erforderlich bleibt staatliches Handeln in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes dient über Konkurrenzbedingungen den Allokationserfordernissen zwischen Haushalten, Unternehmen und

Staat, Markt und Konkurrenz ohne gesetzliche Rahmenbedingungen von Steuergesetzen über Kartell-, Wettbewerbs- und Aktienrecht bis hin zu Betriebsverfassungsgesetzen führen zu Konzentration und Marktbeherrschung, also zur Überwindung der Konkurrenz. Die Schaffung und der Erhalt von Entwicklungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen kann Marktbeherrschung vorbeugen und Marktflexibilität erhalten. Auch und vor allem für die Volkswirtschaften in der Mitte und im Osten Europas bedarf es zum Schutz eigener Entwicklungsmöglichkeiten gesetzgeberischer Rahmenbedingungen.

5. In kapitalistischen Marktwirtschaften diene die Gewinnmaximierung als Zielfunktion unter der notwendigen Nebenbedingung der Güterversorgung, so formulierte Peter Schumpeter einmal. Gegenüber anderen Nebenbedingungen des Wirtschaftens und Hauptbedingungen menschlichen Überlebens - so meine These - ist der Markt blind. Der Schutz der Natur und der sorgsame Umgang mit endlichen Ressourcen gehen nicht a priori in die Kostenkalkulation der Unternehmen ein, da entsprechende Preissysteme nicht wirken. Hier sind politische Rahmen- und Preissetzungen erforderlich. Durch öffentliche „Preissetzung“ über Steuern und Abgaben sind diese Güter als Kostenfaktoren in die betriebliche Rechnung zu internalisieren. Staatliche Ge- und Verbote können Entwicklungspfade eröffnen und andere ausschließen.

Gerade beim Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist übernationale Zusammenarbeit längst überfällig. Flüsse und Luft haben weder früher an Blockgrenzen Halt gemacht, noch heute an Staatsgrenzen. Angesichts der ökologischen Mißstände darf die ökonomische Entwicklung in den ost- und mitteleuropäischen Ländern - keine rein nachholende sein, sondern hat von Beginn an den ökologischen Erfordernissen Rechnung zu tragen.

6. Marktwirtschaftliche Entwicklungen führen nicht per se zu Wohlstandsgewinnen für die große Mehrheit der Menschen. Gewerkschaftliche Interessenvertretung und staatliche Sozialpolitik sind dafür nötig. Der Sozialstaat ist geradezu Bedingung für eine mit weitgestreuten Wohlfahrtseffekten verbundene marktwirtschaftliche Strategie. Marktwirtschaft allein hat nicht zur gleichgewichtigen Entwicklung der verschiedenen Regionen in Europa geführt und wird es auch zukünftig nicht tun. Eine europäische Sozialunion könnte soziale Brüche verhindern beziehungsweise abmildern. Nur sie kann einen gesellschaftlichen Konsensus entwickeln, der eine ökonomische Wohlstandsstrategie erst erfolgreich macht.
7. Ich sehe die ökonomische und politische Integration der beiden deutschen Staaten als Katalysator einer gesamteuropäischen Einigung. Nur wenn die „Bundesdeutschen“ ihren Westblick nicht verlieren und nur wenn ihr Interesse am EG-Binnenmarkt angesichts der DM-Währungsunion nicht geringer wird, werden viele soziale und ökonomische Gefahren, die aus dem deutschen Einigungsprozeß drohen, minimiert. Die DM als Quasi-Leitwährung im europäischen Verbund ist bei der deutschen Währungseinheit Gefahren ausgesetzt. Sowohl eine in kurzer Frist schwächere DM wie eine auf mittlere Perspektive verstärkte DM bringen für die europäische Zusammenarbeit Probleme mit sich. Eine schnelle europäische Währungseinheit auf ECU-Grundlage, die der französische Präsident Mitterrand ins Spiel brachte, würde viele Gefahren bannen. Deshalb erfordert die deutsche Währungseinheit eine schnellere Gangart zur europäischen Währungseinheit.
8. Größtmögliche ökonomische Verstrickungen der europäischen Staaten bedeutet auch eine sichere Grundlage für ein nichtmilitärisches gemeinsames Sicherheitssystem in Europa. Auch deshalb die deutsche Einheit als ein Schritt zur europäischen Integration.

(-/3.4.1990/rs/ks)